

311 - DA/hb
331

Athen, den 23. Dezember 1977

Probleme der Schweiz mit Griechenland

a) bilateral

aa) allgemeine Probleme

- in Verbindung mit Handelsabteilung: chronischer Handelsbilanzüberschuss i.V. 1 : 4,5 zugunsten der Schweiz
- Schweiz. Vorschlag betr. gegenseitige Anerkennung der Führerausweise (Antwort noch ausstehend)
- Doppelbesteuerungsabkommen (es stellt sich die Frage, ob neue Gespräche in Bern vorgeschlagen werden sollten)

bb) Einzelprobleme

- Landis & Gyr bezüglich Preisanpassung (im Prinzip gelöstes Problem, jedoch Gutheissung durch vorgesetzte griechische Instanzen noch ausstehend)
- Nestlé Preisanpassung; erledigt
- Uebertretung des Narkotika-Gesetzes: Häufung der Fälle, die eine Intervention der Botschaft erfordern (bedingt durch mangelnde Information über die Strenge des griechischen Gesetzes)
- Zukunft der schweiz. archäologischen Grabungen (Ernennung eines Direktors, usw)

Pro memoria: Bundesrat Graber hatte im November 1976 Premierminister Karamanlis zu einem offiziellen Besuch in die Schweiz eingeladen. Ein vorgesehener Termin im Frühjahr 1977 wurde griechischerseits wegen Indisposition des Premierministers kurzfristig abgesagt. Karamanlis hätte weiterhin Interesse an einem Besuch in der Schweiz, verbunden mit Besuchen in weiteren europäischen Ländern (u.a. der Niederlande). Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, dass er sich angesichts der zahlreich in letzter Zeit häufenden innenpolitischen Probleme während der ersten Monate 1978 ins Ausland begibt.

b) multilateral

- aa) EFTA Wünschbarkeit eines Interimsabkommens zwischen EFTA-Staaten und Griechenland, vor dessen Beitritt zu den EG
- bb) OECD Lockerung der noch sehr starken Transferbeschränkungen für laufende Zahlungen und des noch völlig eingefrorenen Kapitaltransfers.
- cc) UNESCO Projekt zur Rettung der Akropolis

Probleme Griechenlands

- Beitritt zu den EG
- Zukunft Zyperns und bilaterale Konflikte mit der Türkei bezüglich Aegäis
- NATO, Wiedereingliederung in den militärischen Flügel
- Innenpolitische Probleme, u.a. im Parlament, da Regierung geschwächt aus den Wahlen vom 20. November hervorging.